

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.10.2023

Öffentlicher Teil

TOP .. **Bericht zum präventiven Kinderschutz in Hagen 2021 - 2022**
0638/2023
Entscheidung
geändert beschlossen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass dieser Bericht zum präventiven Kinderschutz bereits in der letzten Sitzung vorgestellt worden sei. Aufgrund des Umfangs des Berichtes sei dieser auf die heutige Sitzung vertagt worden.

In der letzten Sitzung habe Frau Dr. Opterbeck den Bericht kurz vorgestellt. Er wolle seine Aussage dahingehend revidieren, dass es sich insgesamt um einen **sehr** guten Bericht handelt. Es habe sich in dem Bereich in den letzten zehn Jahren viel entwickelt. Man sei gut aufgestellt, aber es könne natürlich noch besser werden.

Er weist darauf hin, dass beispielsweise bei den Familienbegleitungen eine halbe Stelle in Hohenlimburg fehlt. Er fragt, ob die Verwaltung da eine Idee habe, wie man die halbe Stelle schaffen und besetzen könne. Er fragt, ob das für den nächsten Haushalt anmeldet sei.

Frau Dr Opterbeck antwortet, dass die Aufwendungen dafür im Haushalt eingestellt seien. Die Beratungen würden zeigen, wie damit umgegangen werde. Die derzeitige Familienbegleiterin sei sehr engagiert und würde sehr gern in Vollzeit arbeiten.

Herr Reinke merkt an, dass das eine positive Aussicht sei.

Herr Fischer teilt mit, dass er dazu einen Antrag stellen wolle. Er formuliert den Antrag: „Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich der Familienhebammen /Familien- Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen eine aktuelle Personalbedarfsberechnung zu erstellen und diese dem JHA in der nächsten Sitzung vorzulegen“.

Frau Köppen dankt für den guten Bericht zum präventiven Kinderschutz. Sie wolle daran erinnern, dass man als Projekt der Frühen Hilfen / Präventionsmaßnahmen zum Kinderschutz gestartet sei. Sie finde es beachtenswert, dass diese Hilfen darüber hinaus wirkten. Man könne feststellen, dass sehr praxisnah weit darüber hinaus in die Quartiere hinein gewirkt werde. Es entwickle sich stetig weiter. Man habe es mit einer fest etablierten Strategie in Hagen zu tun, die sich sehen lassen könne. Das sei gelungen und lobenswert. Man könne den Akteuren nur dafür danken und sich wünschen, dass es so weitergehe. Der Jugendhilfeausschuss habe diese Arbeit immer unterstützt.

Herr Reinke weist auf einen Aspekt hin, der ihm aufgefallen sei. Das erste Konzept stamme aus den Jahren 2007/2008. Anfangs habe die Bezirksregierung dem aus finanziellen Gründen nicht zugestimmt. Mit dem Kinderschutzgesetz sei es dann verpflicht-

tend geworden. Seit 2013 entwickelten sich die Maßnahmen stetig fort. Im Jahr 2013 sei man aber noch nicht von Zuwanderung und Flüchtlingsbewegungen betroffen gewesen. Die Maßnahmen seien für die Menschen in Hagen entwickelt worden.

An einer Stelle im Bericht werde es beschrieben, dass die Arbeit jetzt hauptsächlich in Migrantensfamilien geleistet werde. Es sei notwendig, dass die Maßnahmen in dem Umfang ausgeweitet würden, dass diese möglichst für alle Familien zur Verfügung stünden. Das müsse man im Blick behalten.

Frau Soddemann betont, dass der präventive Kinderschutz dazu beitrage, dass man an anderer Stelle bei den Hilfen zur Erziehung Kosten einspare. Durch diese Aktivitäten könne man rechtzeitiger unterstützend tätig werden. Das werde auch vom Landesjugendamt so wahrgenommen. Natürlich habe man ein großes Interesse daran, das so zu erhalten und weiterzuentwickeln. Sie hoffe in dem Feld auf die Unterstützung des Ausschusses, dass man die Arbeit so fortführen könne.

Herr Reinke nimmt Bezug auf den Antrag von Herrn Fischer. Es sei im Bericht ausgewiesen, dass im Bereich der Familienhebammen der Personaleinsatz nicht ausreichend sei. Die letzte Bedarfsrechnung stamme aus dem Jahr 2017. Seither seien die Geburtenzahlen in Hagen gestiegen. Man habe regelmäßig in dem Bereich aufgestockt. Das sei aber, wie dem Bericht zu entnehmen sei, nicht mehr ausreichend.

Er stellt den Antrag von Herrn Fischer zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Zur Kenntnis genommen

Vor der Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung fand folgende Abstimmung statt:

Antrag von Herr Fischer (CDU-Fraktion):

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, für den Bereich der Familienhebammen /Familien- Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen eine aktuelle Personalbedarfsberechnung zu erstellen und diese dem JHA in der nächsten Sitzung vorzule-

gen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	2		
SPD	2		
AfD	1		
Vertreter*innen der Jugendhilfe	8		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0